

# SOZIALISMUS



**Organ des Verbandes der graphischen Hilfs-  
Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands**

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3-spaltige Peltzseite 1,- RM.  
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 9 • 38. Jahrgang

Berlin, den 27. Februar 1932

## Schafft Arbeit für die Erwerbslosen

Die Forderungen der freien Gewerkschaften

„Die in den letzten 1½ Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.“

Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die gewalttätige Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Abgang der Produktion ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsdumping des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 v. H.; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 v. H. Auf diese Weise ist jene „neue Lage“, die nach dem feierlichen Botsprechen des Reichkanzlers die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtete.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlüssel für unter die Deflationperiode liege. Der ausschlaggebende Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Insbeson-

dere ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (Wierzigstundenswoche) trotz der ihr durch die Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden. Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Überarbeit und die ernsthafteste Bekämpfung des Doppelverdienertums erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften betonen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemeinen Weltwirtschaftskrise durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung. Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes.

Die unüberwindlichen Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierungsplan der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen. Den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnung muß endlich eine positive Politik der Wirtschaftsförderung folgen.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei ernster Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzierungsproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reich sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inland und im Ausland wieder herstellen.

Am 15. und 16. Februar tagte der Bundesausschuß, der sich mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung eingehend beschäftigte und den entschlossenen Willen zum Ausdruck brachte, die ganze Kraft der Bewegung einzusetzen, um die Forderungen des ADGB zur Anerkennung zu bringen und der Verwirklichung entgegenzuführen. Vorstehender Willensausdruck wurde einstimmig zum Beschluß erhoben.

### Das Problem der Arbeitsbeschaffung

Die Arbeitsbeschaffung ist die zentrale Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik in der nächsten Zukunft. Die Gewerkschaften müssen darauf bestehen, daß auf diese Aufgabe alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft konzentriert werden. Diese Überzeugung beherrschte die Verhandlungen des Bundesausschusses, die der stellvertretende Vorsitzende des ADGB, Eggert, mit einer kurzen Schilderung der Lage der deutschen Wirtschaft einleitete.

Am der Spitze der ersten Gruppe von Plänen, die eine Verteilung der Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte erreichen wollte, stand und steht die erstmals vom Bundesausschuß im Oktober 1930, später vom Frankfurter Gewerkschaftskongress erhobene Forderung nach einer allgemeinen gesetzlichen vierzigstündigen Arbeitswoche. Die Reichsregierung, vor allem das Arbeitsministerium, hat aber in dieser Frage völlig versagt. Auch heute halten die Gewerkschaften ihre Forderung nach der Arbeitszeitverkürzung aufrecht, die eine zwingende Folge der technischen Entwicklung des Produktionsapparates ist.

In die zweite Gruppe gehören alle jene Pläne, die die Wirtschaftskrise durch Einführung einer Doppelwährung überwinden wollen. Am bekanntesten unter diesen samt und sonders abzulehnenden Plänen sind die Vorschläge von Feder, für die sich die Nationalsozialisten eingesetzt haben. Alle diese Pläne tragen die Gefahr in sich, daß ein „Armeuteufel“ eingeführt wird, daß das schlechte Geld das bessere verdrängt.

In der dritten Gruppe, in den Plänen für zusätzliche Arbeitsbeschaffung, standen verschiedene Siedlungsprojekte mit in erster Reihe. Der Plan von Prof. Wilbrandt, Erwerbslose an den Stadtrand anzusiedeln, ging davon aus, den Erwerbslosen durch Überweilung eines kleinen Stück Landes, etwa 1000 qm je Siedler, eine Zufuhrnahrung zu schaffen. Der ADGB konnte sich aber nicht für diesen Plan einsetzen, denn einen, wie es hieß, „krisenfesten Arbeiter“ durch Stadtrandbesiedlung zu schaffen, erschien durch Verwirklichung dieses Projektes nicht möglich.

Die Vorstände des ADGB und des AFD-Bundes haben sodann zum Siedlungsweisen, besonders zu dem Plan der Ansiedlung von Erwerbslosen, Stellung genommen. Nach ihrer Auffassung muß die landwirtschaftliche Siedlung nach Kräften weiter gefördert werden. Sie bedingt aber erhebliche Geldmittel und sachliche Eignung der Siedler, den Arbeitsmarkt kann sie nicht fühlbar entlasten. Die Stadtrandbesiedlung bietet dem Siedler keine selbständige Existenz. Sie setzt Weiterbeschäftigung des Siedlers im Berufe oder den Bezug von Arbeitslosenunterstützung voraus. In der augenblicklichen Notlage ist das praktischste, den Arbeitslosen

Kleingartenland (Schreibergarten) zur Verfügung zu stellen, weil hier mit den vorhandenen geringen Mitteln immerhin die größte Wirkung zu erzielen ist. Eggert besprach dann eine Reihe von Plänen zur internationalen Arbeitsbeschaffung, Pläne, die im Zusammenhang mit Anregungen von Albert Thomas, Jouhaux und Woytinsky stehen und sich noch im Stadium der Vorbereitung befinden.

Auch der Reichswirtschaftsrat beschäftigt sich in der letzten Zeit mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung. Die Beratung steht in den Anfängen. Sie muß mit größtem Nachdruck beschleunigt werden.

Wir müssen den Versuch wagen, durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand die Not und das Elend, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung heraufbeschworen hat, fühlbar zu mildern. Die Gewerkschaften erheben deshalb die Forderung, daß alle zuständigen und verantwortlichen Stellen, insonderheit die Reichsregierung, Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Wirtschaft zusammenwirken und eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschleunigt in Angriff zu nehmen.

Leipziger Tagte die Ausführungen Eggerts in einem

### Appell an den Bundesausschuß

zusammen, in dem die unabwiesbare Notwendigkeit, endlich entscheidende Schritte zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun, eindeutigen Ausdruck fand.

Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen, erklärte er, geht uns heute der Schrei nach Arbeitsbeschaffung entgegen. Weite Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufhebens davon, wenn die Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat ansteigt. Die Gewerkschaften dürfen diesen Zustand der Verhärterei, der Gleichgültigkeit gegenüber dieser drängendsten Aufgabe der Zeit nicht dulden. Von dieser Tagung des Ausschusses muß der Verzweiflungsschrei der Massen verstärkt weitergegeben werden, damit er endlich Gehör findet. Die Gewerkschaften müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer tiefen Mäßigung aufgeben. Dem offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Änderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuwecken. Sie wissen, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems schwierig ist. Sie wissen, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung heiß umstrittene Fragen aufwirft. Aber sie müssen eine Lösung finden. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Im Namen aller deutschen Arbeiter, im Namen der ungezählten Frauen und Männer, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit sind, muß der Bundesausschuß seine Stimme erheben. Ich halte es für notwendig, daß wir vor einem größeren Forum unserer Forderung leidenschaftlichen Ausdruck geben. Ein

### Krisenkongress

muß einberufen werden, auf dem wir öffentlich Anklage erheben wollen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus. Von Notverordnung zu Notverordnung stieg das Elend. Die Delegierten des Frankfurter Kongresses könnten zu einem außerordentlichen Krisenkongress zusammentreten, der nicht länger als ein bis zwei Tage zu dauern braucht. Wir müssen die Regierung, wir müssen den Reichskanzler auffordern, auf diesem Kongress zu erscheinen. Denn wir müssen von den verantwortlichen Stellen verlangen, daß mit allen verfügbaren Mitteln endlich wirkliche Abhilfe geschehen wird.

Am zweiten Sitzungstage sprach der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Tarnau über seinen Arbeitsbeschaffungsplan auf dem Wege der Kreditausweitung. Nach ihm referierte der Direktor der Arbeiter

bank Bachem über das Wagemann-Projekt, und dann sprach Raphaeli, der der Meinung ist, daß das internationale Moment bei der Beurteilung der Krisenursache stärker betont werden muß.

In der Aussprache wurde die Bedeutung des internationalen Mißtrauens als Krisenursache anerkannt, aber es wurde auch nachdrücklich hervorgehoben, daß Deutschland auf die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens nicht warten könne.

Wenn auch der Bundesausschuß die zur Erörterung stehenden Probleme nicht wird lösen können, so beschäftigt doch die Frage der Arbeitsbeschaffung die Verbände der Gewerkschaften unausgesetzt. Diese Frage wird besonders darum außerordentlich wichtig, weil Deutschland nicht damit rechnen kann, die Ausfuhr auf der Höhe des vergangenen Jahres zu halten. Auch die Frühjahrserhebung wird keine nennenswerte Entlastung des Arbeitsmarktes bringen. Es sind Mittel vorhanden gewesen für die Banken und für die Landwirtschaft, dann müssen auch Mittel vorhanden sein für die Arbeitsbeschaffung. Wir können nicht warten, bis das internationale politische Mißtrauen überwunden ist. Der Weg ist zu lang, und die Zeit drängt. Wir müssen daher sorgen, daß die in der deutschen Volkswirtschaft ruhenden Kräfte in Bewegung gesetzt werden. Wir sind auch noch nicht am Ende mit der Entwicklung der arbeitsparenden Technik; auch darum haben wir in Zukunft mit weiterer Freisetzung von Arbeitskräften zu rechnen.

Die Lösung der gegenwärtigen großen Schwierigkeiten kann jedoch nicht mehr auf der Ebene des kapitalistischen Systems gesucht werden. Wir rufen ins Land hinaus: das kapitalistische System sei am Ende seiner Fähigkeiten. Demgemäß müssen wir Lösungen im Sinne des Sozialismus suchen. Wir brauchen ein Programm von positiven Forderungen mit sozialistischem Charakter. Eine große Zahl von konkreten wirtschaftspolitischen Aufgaben, so die durchgreifende Abschreibung der hohen, aus der gesunkenen Produktion nicht mehr verzinsbaren Anlagen der großen Industrie, können nur mit sozialistischen Mitteln erfüllt werden. Auch weite Kreise des Bürgertums sind heute sozialistischen Ideen zugänglich.

Wir haben, wird weiter dargelegt, nicht die Gewißheit, daß der Tiefpunkt der Depression schon erreicht ist. Es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß sich die wirtschaftliche Lage weiterhin verschlechtert. Denn Arbeitslosigkeit erzeugt neue Arbeitslosigkeit, Not erzeugt größere Not. In dieser Lage birgt die Untätigkeit die schlimmsten Gefahren in sich. Die Arbeitsbeschaffung vermag dagegen einen Ausweg aus der Depression zu eröffnen.

Zwei Milliarden Mark würden ausreichen für die Beschäftigung von einer Million Arbeitern. Ein großer Teil der Lohnkosten würde aufgebracht werden durch Ersparnisse an Unterstützungen. An zusätzlichem Kredit wären höchstens 1,2 Milliarden Mark zur Verwirklichung dieses Planes erforderlich. Zusätzliche Kaufkraft von 1,2 Milliarden Mark würde jedoch die deutsche Währung nicht in Gefahr bringen. Wenn dagegen das Volk die Überzeugung gewinnen würde, die Regierung sei auf dem Wege, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, so würde das Vertrauen zum Staate wachsen.

Der Zeitpunkt für einen Kongreß der deutschen Gewerkschaften sei jetzt gegeben. Die Gewerkschaften müssen es sein, die mit großem Nachdruck die Öffentlichkeit mahnen, sich dem großen entscheidenden Problem der Arbeitslosigkeit ernsthaft zuzuwenden, sie müssen es sein, die sich der Führung bemächtigen bei dem Bestreben, Wege aus der Krise zu erschließen. Im Kampfe für die Arbeitsbeschaffung dürfen wir die Vertüglung der Arbeitszeit und die Erhaltung des Reallohnes nicht vergessen. Es dürfe nicht der Fall eintreten, daß die durch Arbeitsbeschaffung bewirkten Neueinstellungen von Arbeitern illusorisch gemacht werden durch zu lange Arbeitszeiten.

Leipart schließt die Debatte ab. Er stellt fest, daß die Frage, der die Beratungen gewidmet waren, doch so weit geklärt worden sei, daß die Gewerkschaften ihre Forderung nach Arbeitsbeschaffung mit größerer Sicherheit und besser fundierten Gründen in der Öffentlichkeit vertreten können.

Der Bundesausschuß beschloß, den Frankfurter Kongreß in nächster Zeit als außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands nach Berlin einzuberufen. Der Kongreß wird zu geeigneter Stunde die Forderungen der Gewerkschaften an Staat und Wirtschaft, voran den Ruf nach durchgreifenden Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung unter Einbeziehung des Ansehens und des Gewichts der gesamten Bewegung vor der Öffentlichkeit vertreten. Mit der Einberufung des Kongresses ist der Bundesvorstand beauftragt.

Damit sind die Beratungen über das Problem der Arbeitsbeschaffung abgeschlossen, und der Bundesausschuß kommt nunmehr zum letzten Beratungspunkt: Wahl des Bundesstärkeren. Ohne Aussprache wird auf Vorschlag von Leipart Kollege Ernst Schulte als Bundesstärkerer gewählt.

## Mehe Befennermut!

Die Disziplin der Republikaner unter der Parole „Eiserne Front“ hat ihre Wirkung unter der Arbeiterschaft bis weit in die demokratisch gesinnten Kreise der Bevölkerung nicht verfehlt. Es geht ein Aufatmen durch die republikanisch eingestellte Bevölkerung, und endlich ist der Druck gewichen, der auf allen lag. Ein trotziger Wille zur Abwehr und Tat ist entstanden. Die Leitung der Eisernen Front hat in die Gegenoffensive eingeschwenkt.

Die bis jetzt getroffenen Veranstaltungen der Eisernen Front haben gewaltig eingeschlagen, Hunderttausende haben daran teilgenommen. Unsere Gegner machen die größten Anstrengungen, den Ansturm und die Erfolge in Wort und Schrift herabzuwürdigen. Bis jetzt war es nur dem Reichsbanner und Abwehrkartellen vorbehalten, als Träger des republikanischen Gedankens sich in der Öffentlichkeit zu zeigen, zu demonstrieren. Die Berichte in den Tageszeitungen von Überfällen auf diese Gruppen hat nicht dazu beigetragen, den Mut derer zu stärken, die wohl gute Republikaner sind, aber nicht wagen, dies auch vor der Öffentlichkeit zu zeigen. Ein Abgehen der Eisernen Front, von der Masse getragen, muß auf alle Schichten der Bevölkerung einen starken Eindruck machen und wird ohne Zweifel auch ängstliche Gemüter mitreißen. Dann wird unsere Stärke nicht nur in den Demonstrationen zum Ausdruck kommen, sondern darüber hinaus durch das Tragen der Farben der Republik jeden anders Denkenden eine tägliche Warnung sein.

Die Bildung der Eisernen Front und der Hammer-schaften ist ja noch im Werden begriffen. Der Aufzug hat in seiner Wirkung tabellos funktioniert, die Auslegung der Eisernen Bücher zum Einzeichnen für jeden Republikaner ist erfolgt und Tausende haben sich bereits eingezeichnet. Wäre bei der Eingezeichnung gleichzeitig eine Bundesnadel herausgegeben worden, könnten heute schon Tausende das Abgehen der Eisernen Front tragen. Wie die Wirkung eines in Masse getragenen Abgehens ist, davon folgendes Beispiel. 50 000 Republikaner und Hammer-schaften demonstrieren beim ersten Aufzug der Eisernen Front in Dresden. Anderthalb Stunden währte der Vorbeimarsch der Massenfront. Tausende umfamen die Straßen, es war ein prächtiger Anblick, alle mit der Plakette der Hammer-schaften zu sehen. An diesem Tage beherrschten wir die Straße, und die Nazis machten sich jämmerlich in der Anzahl und verschwanden in der Masse. Wenn auch ihre angeborene Furcht und Gemeinheit an manchen Stellen zum Ausdruck kam, so hielt man doch vorzüglicherweise eine gewisse Distanz, um nicht in die Armlänge der Demonstrierenden zu kommen. Dies soll ein Beispiel sein für die Zukunft, wenn wir offen zur Schau tragen, wer wir sind, wird der Spieß der Nazis und aller anderen Feinde unserer großen Bewegung an dem Willen und der Kraft der Arbeiterschaft zerbrechen. Darum Befennermut! Seid Kämpfer für die Republik!

W. Täubrich-Dresden.



## Bürgersteuer für Kurzarbeiter ermäßigt!

Endlich ist der unsoziale Zustand beseitigt, daß Arbeitnehmer, die zur Zeit kurzarbeiten oder stark der Lohnsenkung unterworfen sind, mit der vollen Bürgersteuer belastet sind.

Es gilt nunmehr folgendes:

Bei Arbeitnehmern, für die bei der nächsten auf die Fälligkeit der Bürgersteuer folgenden Lohnzahlung ein Steuerabzug vom Arbeitslohne wegen Nichtüberschreitens der Freigrenze nicht einzubehalten ist, ermäßigt sich der einzubehaltende Teil der Bürgersteuer auf die Hälfte.

Ein Beispiel vom besseren Verständnis: Wäre der Teilbetrag der Bürgersteuer am Sonnabend, dem 27. Februar fällig, dann wird von diesem Teilbetrag nur die Hälfte erhoben, wenn am Sonnabend, dem 5. März, als dem auf die Fälligkeit der Bürgersteuer folgenden Lohnzahlungstag, der Arbeitnehmer keine Lohnsteuer zu entrichten braucht, weil der Verdienst die Lohnsteuerfreigrenze nicht überschritten hat. Ist derselbe Tatbestand auch gegeben, wenn die weitere Rate für die Bürgersteuer fällig ist, dann wird ebenfalls wieder nur die Hälfte der Rate der Bürgersteuer einbehalten. Ergibt sich aber, daß bei der Lohnzahlung, die auf den Fälligkeitstag der Bürgersteuer folgt, Lohnsteuer einzubehalten ist, dann allerdings muß die im Augenblick fällige Bürgersteuer voll beglichen werden.

Bei einem Ledigen oder z. B., wenn der Lohn pro Woche unter 24 RM. oder pro Monat unter 100 RM. bleibt, keine Lohnsteuer erhoben. Zu diesen Freibeträgen treten dann noch die Familienermäßigungen, deren Höhe sich nach der Zahl der Personen richtet, die auf der Steuerkarte vermerkt ist. Außerdem erhöht sich die Freigrenze um die Sonderermäßigungen, die auf besonderen Antrag vom Finanzamt erteilt sind.

Es ist festzuhalten: Wird an dem in Frage kommenden Zeitpunkt wegen Nichtüberschreitens der gegebenen Freigrenze Lohnsteuer nicht einbehalten, so ist nur die Hälfte von der Rate der Bürgersteuer fällig. Vorstehendes findet jedoch keine Anwendung, wenn bereits wegen Ermäßigung des Landesjahres nach § 5 Absatz 3 Nr. 1 der Bürgersteuerordnung auf der Steuerkarte nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert ist. Die Verordnung, die die neuen Änderungen bringt (Reichsgesetzblatt 1932 S. 66), gilt erstmalig für den am 10. Februar 1932 fällig werdenden Teilbetrag der Bürgersteuer.

Abschließend sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß überhaupt keine Bürgersteuer in Frage kommt, wenn der volle Lohn für volle Wochentage bis 42 RM., für volle 14 Tage bis 20 RM., für volle Wochen bis 10 RM. und für volle Arbeitstage bis 1,70 RM. beträgt.

## 100 kg Kaffee = 36 cbm Gas

Aus neuesten Meldungen über den Kampf der Regierung Brasiliens gegen den Kaffeeverbrauch stellen wir folgendes Bulet zusammen: Die Stadtverwaltung Santos hat beschlossen, 1 Million Sack Kaffee als Brennmaterial in den städtischen Gaswerken zu verwenden. — Der brasilianischen Regierung ist abermals ein Verfahren für Umwandlung von Kaffee in Gas vorgelegt worden. Nach dem Verfahren sollen aus je 100 kg Kaffee 36 cbm Gas produziert werden. — Die Finanzierung der brasilianischen Kaffeeverbrennung im großen ist gesichert. Die Bank von Brasilien hat dem Nationalen Kaffeerat einen Kredit insgesamt von 600 000 Contos zu diesem Zwecke eingeräumt. Davon dienen 400 000 Contos zur Begahlung der inneren Kaffee-Vorräte, 100 000 Contos für Auktions- und Begahlung der neuen Ernte 1931/32 und 100 000 für Stützungskaufe in Ausfuhrhäfen.

Der brasilianischen Regierung wurde ein Plan unterbreitet, wonach 400 Millionen Kaffeebäume, die durch den Kaffeeläster mehr oder weniger beschädigt sind, vernichtet werden sollen. Den Pflanzern wird für diesen Schaden Entschädigung gewährt. Da der Gesamtbestand an Kaffeebäumen auf etwa 1 1/2 Milliarden geschätzt wird, so muß die Vernichtung von 400 Millionen Bäumen zu einem erheblichen Rückgang der Produktion führen. — Die Stätte der Massenvernichtung von Kaffee ist der einige Kilometer von Santos entfernte Ort Almoa. Der Kaffee wird dort in langen Güterzügen, von denen jeder Waggon 450 Sack faßt, transportiert. Er wird dann in einer Länge von 1 1/2 Kilometer rechts und links von der Eisenbahnlinie aufgeschüttet, und zwar in einer Breite von 8 Metern an jeder Seite. Wie die Praxis in Brasilien gezeigt hat, verbrennt Kaffee ohne Hinzutun irgendwelcher Brennstoffe, entwickelt beim Verbrennen verhältnismäßig wenig Qualm und hinterläßt nur wenig Aschenreste. — Kein Wort ist notwendig, um die aufregende Tatsache näher zu kennzeichnen, daß diese Vernichtung eines hervorragenden Genussmittels bei größtem Verbrauchermangel möglich ist.

# Die erste Etappe

Der Verfasser „Der Völkereis“ (S. 6, 5., Berlin SW 61, ergänzt demnach seine Auslandsliteratur durch eine interessante Nenerforschung, eine historische Arbeit, die dem verstorbenen russischen Vorkämpfer Arew gewidmet ist. Sein Verfasser, der russische Historiker Boris Nikolajewitsch erzählt in seinem Buche „Arew, die Geschichte eines Berrains (S. 130 u. 14) auf Grund eingehenden Studiums der Akten usw. die Vorkämpfer dieses gefährlichen Prowokateurs der russischen Geheimnisse. Der nachfolgende Abschnitt schildert den ersten Schritt Arews auf seiner verbrecherischen Laufbahn.

In Karlsruhe bestand damals bereits eine kleine russische Studententolonie. Es waren vorwiegend Juden, die keine Möglichkeit hatten, in russische höhere Lehranstalten aufgenommen zu werden. Darunter gab es einige Bekannte aus Koflow, und es ist möglich, daß dieser Umstand für Arews Entschluß, nach Karlsruhe zu gehen und an der dortigen Technischen Hochschule zu studieren, ausschlaggebend war. Arew schloß sich ihnen an. Zusammen mit dem Koflower Studenten Koflow wohnte er in der Wulferstraße 30, vier Treppen hoch. Er wurde Mitglied der russischen sozialdemokratischen Gruppe. Koflow warf er sich auf das Studium der Elektrotechnik, aber sehr bald wurde die materielle Frage aktuell. Die Möglichkeiten zum Geldverdienen waren sehr gering, und auf Unterstützung von den Eltern konnte er nicht rechnen. Arew schlug sich kümmerlich durch, er machte den Eindruck eines Menschen, der „buddelstüchlig hungert“. Allzu lange konnte er dieses Leben nicht führen, und noch einmal „überwand“ er mit größter Leichtigkeit ein moralisches Hindernis: er begann die ihm bekannten Einzelheiten aus der geheimen revolutionären Tätigkeit seiner Kameraden zu verschleiern. Es waren keine bedeutenden Geheimnisse: er wußte einiges über die Propaganda unter den Arbeitern in Koflow; er wußte einiges über die Propaganda unter den Arbeitern in Koflow; er wußte, daß die Studenten in Karlsruhe das damals loeblich erscheinende „Erfurter Programm“ von Kautsky ins Russische übertrugen und diese Übersetzung nach Rußland hineinschmuggelten; er wußte, daß sie auch Versuche machten, verbotene ausländische Schriften über die Grenze zu bringen.

Am 4. April 1893 schrieb er seinen ersten Brief an das Polizei-Departement. Aber die dortigen Verhältnisse wußte er nicht allzu genau, er glaubte, daß er von der Spitze des Departements noch immer V. Durnowo sehe. Der Brief, der an „Seine Excellenz Durnowo, Direktor des Polizei-Departements“ gerichtet war, gelangte trotzdem in die richtigen Hände.

In diesem Brief steckte Arew erst tastend seine Fühler aus. Ich habe hiermit die Ehre — schrieb er — „Eurer Excellenz mitzuteilen, daß sich hier vor zwei Monaten ein Zirkel revolutionär gesinnter Personen gebildet hatte, deren Ziel“ usw. Dann wurden einige Namen genannt, einige Tatsachen erwähnt, die beweisen sollten, daß der Verfasser des Briefes nützliche Auskünfte über die revolutionären Stimmungen der russischen Studentenschaft im Ausland, wie auch über die Propaganda in Koflow, liefern konnte. Der Brief enthielt feinerlei konkrete Vorschläge. Der Verfasser stellte nur die Bitte, ihm, falls jene Angaben von Interesse sein würden, in einem eingehenden Brief an eine „Redaktion des mitzuteilenden“ seinen richtigen Namen nannte er nicht.

Zu der Zeit herrschten im Departement noch patriarchalische Sitten. Geheimagenten gab es kaum: das gesamte Beobachtungswesen befand sich in Händen der lokalen Abteilungen der politischen Polizei und der Gendarmereiverwaltungen. Aber Arews Brief wurde aus irgendeinem Grunde nicht an die zuständige Stelle — in diesem Falle an den Chef der politischen Polizei im Ausland, S. Raschikow — weitergeleitet, was das Departement es sonst zu tun pflegte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß von Anfang an der Plan bestand, den neuen freiwilligen Spion im Interesse einer gewissen Kontrolle der Informationen Raschikow zu verwenden, der im Polizeidepartement nicht besonders beliebt war: er machte zu rasch Karriere. Die Aufnahme eines neuen Agenten in den unmittelbaren Dienst des Departements war damals eine sehr komplizierte Angelegenheit: erst in den späteren Jahren wurde sie vereinfacht. Von Arews Brief wurde dem Vizedirektor des Departements Mitteilung gemacht, der ihn wiederum dem Chef der entsprechenden Kanzlei vorlegte. Der Originalbrief ist mit zahlreichen Notizen versehen: es wurden Meinungen ausgetauscht und Auskünfte eingeholt. Erst am 16. Mai erfolgte die Antwort. Der Brief ist im Stile eines Geschäftsmannes geschrieben, der nicht abgeneigt ist, der Sache näherzutreten, der aber keineswegs sein Interesse dafür verorten möchte: die Gruppe in Karlsruhe — so schrieb man ihm — ist uns bekannt (in Wirklichkeit wußte man im Polizei-departement so gut wie nichts von ihr), und sie bietet für uns kein besonderes Interesse; Sie haben deshalb keinen Grund, besonders hohe Preise zu fordern, wir sind jedoch bereit, Ihnen zu zahlen, aber vor allem müssen Sie uns Ihren Namen nennen, da wir Leute mit festen Grundrissen sind und „mit unbekanntem Personen keine Beziehungen unterhalten“.

Arew antwortete umgehend und nannte einen ziemlich „bedeuten“ Preis; alles in allem 50 Rubel monatlich — doch konnte er sich noch nicht entschließen, seinen Namen zu nennen. Er befürchtete, daß seine Briefe von den Revolutionären abgelesen werden könnten.

Aber sein Versuch, „Winkelspielen“ mit dem Polizeidepartement zu spielen, war bereits gescheitert — und die Schuld daran trug er selbst: aus Unvertraulichkeit gab er selbst dem Departement die Möglichkeit, seine Person festzustellen. Gleichzeitig mit dem Angebot an das Departement sandte er ein fast ähnliches Schreiben an die Gendarmereiverwaltung seiner Heimatstadt Koflow, und dort war es eine Zeitlang, die Namen des Briefschreibers festzustellen: die Namen sämtlicher aus Koflow stammenden Personen, die in Karlsruhe lebten, waren bekannt, ihre Zahl war sehr gering, und es war nichts leichter, als auf Grund der Handschrift die Person des Briefschreibers festzustellen. So kam es, daß zur Zeit, als der zweite Brief Arews in dem Polizeidepartement eintraf, dort bereits eine entsprechende Auskunft aus Koflow vorlag, die genauen Aufschluß über die Persönlichkeit des Briefschreibers gab. Die Mitteilungen des Koflower Polizei über die persönlichen Eigenschaften Arews entsprachen vollkommen den Forderungen, die das Departement an seine Agenten stellte: „Ewno Arew“ — so lautete der Bericht — „ist keineswegs dumm, sehr verschlagen und unterhält ausgedehnte Beziehungen zu der im Ausland

lebenden jüdischen Jugend, er dürfte daher als Agent wesentlichen Nutzen bringen, und es ist anzunehmen, daß er, in Anbetracht seiner gegenwärtigen Notlage und seiner Gelbigkeit, seinen Verpflichtungen gewissenhaft nachkommen wird.“

Derart glänzende moralische Vorzüge Arews beschleunigten den Beschluß des Departements. Einige Tage nach Empfang eines zweiten Briefes wurde ein besonderer schriftlicher Bericht über ihn verfaßt, der mit dem Vermerk versehen war, daß Arew „bedeutenden Nutzen“ bringen könnte, und daß der von ihm geforderte Preis keineswegs hoch sei. Am 10. Juni 1893 schrieb der stellvertretende Minister des Innern (in jenen Jahren beschäftigten sich noch die Minister selbst mit jedem Kleintat) an den Rand des Berichts, „Einkauf“.

Arews Lebensweg war gewährt ...

# Der Zauberhügel

Vor dem kleinen Bahnhof stand ein alter, grüngerhener Pferdewagen. Felix, von der Last seines Handlöffers etwas außer Atem, wandte sich an den Kutscher: „Fahren Sie nach dem Waldheim?“

Der Mann mit der dunklen Schirmmütze wies wortlos auf die verbliebene Tafel oberhalb der Wagentür. „Waldheim Charlottenfels“, las Felix. Er stieg ein, und der Kutscher warf polternd sein Gepäck auf das Rad. Bald kamen einige Männer und ein Chépar auf ihn zu; sie nahmen neben Felix auf der harten Holzbank Platz. Während die unternehmiger Lokomotive sich mit einem schüchternen Pfiff von der Station Winterfeld verabschiedete, kam auch die Kutsche langsam in Bewegung. Im Schritt durchquerte das auffallend starke Pferd die staubige Dorfstraße, die einsam und träge in der heißen Juni Sonne lag. Der Weg war holprig und das Gefährt schiefte geberst. Felix gegenüber sah ein hagerer Mann mit schmutzigen Haaren, das eingefallene Gesicht von heftiger Rote. Bei jeder Erschütterung hielt er ängstlich die Hand vor den Mund. Aber nur ein heiltes, schaurig tönendes Husten kam aus seiner Kehle.

Die Chaussee wurde plötzlich glatter. Man hatte das Dorf verlassen; in der Ferne winkte ein kleiner Waldhügel, dunkelgrün und freundlich. Nach einer Viertelftunde fuhr der Wagen durch ein breites Gittertor und blieb vor einem roten Backsteinbau stehen. Im Verwaltungsbüro wurden Felix Personalien aufgenommen. Dann fragte man ihn nach der Adresse der nächsten Angehörigen.

Felix blinnte überläßt auf. Der Beamte räusperte sich. „Es könnte Ihnen doch etwas passieren, dann wissen wir, wen zu benachrichtigen...“

„Danke, ich besitze keine Verwandte.“ Ein Mann in weißem, nicht mehr ganz sauberm Kittel packte mit derben Fäusten seinen Koffer. Felix trotzte zaghaft hinterher. Inmitten leuchtend grüner Kiefernflächen, in denen farbige Blumenbeete bunt schimmerten, führte ein schmaler, asphaltierter Weg zu einem niedrigen, langgestreckten Bau. Er wurde von einer gedeckten Veranda umfaßt, auf der sich wie Soldaten im Gleichgewicht reichten. Sie und da erhob sich ein von Radfahrern umrahmter Kopf und blickte neugierig auf den Ankommenden. Eine junge Krankenpflegerin kam Felix entgegen.

„Schweizer?“, rief sie. „Nein, ich bin ein...“

Sie stiegen die Treppe empor, gefolgt vom Hausdiener mit dem Koffer. Felix mußte haben und bekam frische Wäsche. Sie war dars und feucht und roch stark nach Karbol. „Die ersten drei Tage müssen Sie im Bett verbringen“, sagte die Krankenschwester mit einem stereotypen freundlichen Lächeln. Felix sah sich im Zimmer um; es war ziemlich klein. Außer den zwei Betten und Nachtschränken standen noch ein Tischchen und zwei Stühle darin. Die Wäschegelegenheit war eingebaut. Daneben gab es noch ein zweites Bett; es hatte einen Hahn für die Wasserpflanzung. Bloß die Aussicht „für Geckranke“ fehlte, dachte Felix.

Schwester Lore, auf dem Gesicht das wässrige Lächeln, kam zurück. Sie hielt in der Hand eine kleine, dunkelblaue Flasche mit Nadelverschluss. Mit einem leisen Unbehagen nahm Felix das Gefäß in Empfang. Das Symbol der Langentanten, wie ihn dünnte. Langsam und mit gespreizten Fingern schraubte er den Deckel ab. Volgeruch, intensiv und widerlich, stieg gegen seine Nase. Eilig schloß er das Tischchen und warf es angeleert in die Nachttischlade.

Kaum war die Schwester gegangen, da öffnete sich die Korridor tür abermals. Ein junger Mann in der blauweißen gestreiften Kleidung der Kranken trat ein.

„Sieger“, sagte er kurz.

„Angenehm. Sind Sie mein Zimmerkollege?“ erkundigte sich Felix.

„Nein, der ist auf dem Ausflug“, erwiderte der Besucher. Er war außerordentlich dünn und hatte ein mit Sommerproffen behaftes Gesicht. Felix erfuhr von ihm, daß die Station sich auf einer „Landpartie“ befand. Sie war samt Ärzten und Pflegepersonal auf Lastautos und Pferdewagen nach einem entfernten Gartentotal gefahren. Da gab es Freibier und Wurst.

„Wissen Sie“, meinte Siegert skeptisch, „das kommt nur einmal im Jahr vor. Dann ist es auch nur ein Experiment. Die Ärzte wollen eben sehen, wie der Patient den Alkohol verträgt. Na, für die Leute, die bereits zwei, drei Jahre hier sind, ist es ja eine willkommene Abwechslung.“

„Zwei, drei Jahre?“ rief Felix erschrocken.

„Und mehr. Ich werde Ihnen später einen zeigen, der bereits sein fünftes Jährchen im Waldheim verbringt. Wenn auch im allgemeinen die Kranken bei weitem nicht so lange hierbleiben. Entweder will für sie die Krankheitsgefahr, die Wochtlager nicht länger zahlen, oder aber sie widerstehen sich der Operation. In beiden Fällen müssen sie gehen.“

Ein Arzt in welchem Mantel trat vom Balkon her ein, und Siegert verstand. Felix mußte den Oberkörper entblößen und das Abhorchen über sich ergehen lassen. Dann folgten die Fragen, die man in den letzten Wochen bereits zehnmal an ihn gerichtet hatte. Seit wann er krank sei, und ob die Eltern noch lebten. Ob er trinke und rauche. Der Gesundheitszustand der Geschwister. An welchen Krankheiten er bereits gelitten. Ob er Zwilling sei, und noch ein Duzend anderer Fragen.

Trotzdem Felix sie alle schon kannte, vermutete er instinktmäßig hinter jeder eine Falle. Und wieder ergab ihm ein geheimes Wohlbehagen, als er sie in einem Sinne beantwortete, der das Krankheitsbild seiner Meinung nach abschwächte. (Fortsetzung folgt.)

# Aus den Zahlstellen

Breslau. Am 17. Februar hielt die hiesige Zahlstelle im „Gewerkschaftshaus“ ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende, Kollege Maligh, gab Einblick in die Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse. Hier in Breslau müssen von je 8 Einwohnern 3 von ihrer färglichen Unterbringung leben, welche nach der vierten Notverordnung bis auf das unentgeltliche Maß gekürzt worden ist. Dem Lohnabbau von 20 bis 25 Proz. gegenüber steht eine Preissteigerung von 5 Proz. Das gesamte Volkseinkommen ist innerhalb von zwei Jahren von 75 Millionen Mark auf 40 Millionen Mark zurückgegangen. Wir haben 43 Proz. Hollarbeiter, 22 Proz. Kurzarbeiter und 35 Proz. Arbeitslose. Es wurde Kenntnis genommen, daß ein prominenter Naziführer von den Großindustriellen monatlich 5 Millionen Mark an Zuweisungen erhält, welche zum Kampf gegen die Arbeiterchaft verwandt werden. Könnten diese Summen nicht zur Behebung der deutschen Wirtschaft verwendet werden? Im Anschluß an diese Ausführungen gab der erste Vorsitzende seinen Tätigkeitsbericht, woraus zu ersehen war, daß eine große Fülle von Arbeit im Interieur des Verbandes und der Kollegenchaft geleistet worden ist, was von der hiesigen Mitgliedschaft voll und ganz anerkannt wurde. Der Kassenbericht lag schriftlich vor. Gegen das Vorjahr ist der Kassenbestand um 1200 M. zurückgegangen. Die Entschädigung des Vorstandes wird laut Beschluß in derselben Höhe belassen. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Kollege Maligh, 2. Vorsitzender Kollege Ziegler, Beisitzer die Kollegen Grünner und Pfeffer, 1. Schriftführer Kollege Grall, 2. Schriftführer Kollege Hohans, Kassierer Kollege Koflow, Revisoren die Kollegen Kraut, Gültler und Weier. Kollege Reinhold sicherte in treffenden Worten die Uneinigkeit der Arbeiterchaft, daß die politischen Parteien zum Teil gesplittet worden sind, es aber um so größere Pflicht jedes einzelnen sei, desto mehr gewerkschaftlich zusammenzuhalten, um den eventuellen Gelisten einer fünften Notverordnung entgegenzutreten zu können. Möge auch die eiserne Front gegen das nationalstiftische Unwesen den erwünschten Erfolg bringen. Unter „Beschließendes“ wurde an die richtige, dem Lohn entsprechende Beitragszahlung erinnert, zwecks Aufrechterhaltung der statistischen Rechte. Betriebsräte wahlen finden dieses Jahr nicht statt. Mit großer Begeisterung wurde Kenntnis genommen, daß wiederum 25 ausgesetzte erwerbslose Kollegen zur unentgeltlichen Speisung im „Gewerkschaftshaus“ zugelassen werden. Zum Schluß wurde noch ein Schreiben über Arbeitslosenversicherung verlesen.

Dieses (I. B.). Zu unserer Mitgliederversammlung am 5. Februar hatten sich die Kollegen fast vollständig eingefunden. Galt es doch, einen Vortrag des Vorkämpfers, Kollegen Spatz (Hannover), über: Lohnabbau, Notverordnung und Preisabbau im Lichte der grassierenden Hilfsarbeiter“ anzuhören. Ausgehend von der Lohnsenkung im Februar 1921, die den Unternehmern viel zu gering erschien, kam er auf die jüngsten Lohnverhandlungen zu sprechen. Die neue Notverordnung brachte einen starken Eingriff in das Tarifrecht durch die Senkung der Löhne auf den Stand vom 10. Januar 1927, was fast gleichbedeutend mit der Lohnhöhe von 1925 ist. In den übrigen Teilen gesehen, hat sie uns auch nicht viel Gutes gebracht. Aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann sich niemand, auch keine Gewerkschaft, dagegen wehren, wenn sie sich nicht noch schwerer Schaben abendrein zufügen will. Hierzu führte Kollege Spatz einige markante Beispiele aus der Praxis an. Darunter konnten die Kollegen erkennen, welche „Vorteile“ ihnen sicher sind, wenn sie den Puffschiffen unter der Arbeiterchaft Glauben schenken und ihnen nachlaufen. Zu vielen Leuten sind in erster Linie die KWD, und in neuerer Zeit auch die Nazis zu rechnen. Dann kam der Redner auf das sogenannte Krämpferstern zu sprechen, welches vor allem für die Sozialversicherung der Arbeiterchaft eine große Gefahr bedeutet. Daher werden die Gewerkschaften es, wenn nötig, schärfstens befehlen. Zum Schluß ermahnte Kollege Spatz noch einmal die Kollegen, sich auch einzureihen in die „Eiserne Front“, damit nicht die Ergebnisse jahreslangelanger Gewerkschaftsarbeit uns mit einem Schlag geraubt werden. Nach einer sehr regen Aussprache betrefis Zahlstellenangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Nürnberg-Gürtel. Der Bericht über die Tätigkeit unserer Zahlstelle im vergangenen Jahre wurde in der Generalversammlung am 16. Februar erstattet. Nach Ehrung der im Vorjahre verstorbenen Mitglieder sowie des Genossen Weiler, Bänder unseres Verkehrslokals, besaßte sich Kollege Reding ausführlich mit dem Kampf gegen den Lohnabbau im Buch- und Steindruck. In zeitlicher Reihenfolge sicherte er alle Vorgänge und Stimmungen innerhalb unserer Organisation sowie bei den Bruderverbänden, die Ausschichten eines Kampfes gegen den Lohnabbau, das Zirk und Wiber der Notverordnungen im Zusammenhang mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen im In- und Auslande. All diese Fragen, die heute die Arbeiterchaft bewegen, fanden eine sachliche Beantwortung. Die Auswirkung der Krise in dem Nürnberg-Gürtel Wirtschaftsgebiet zeigt sich augenfällig in der großen Zahl von Stilllegungsanträgen und Kontursanmeldungen. In einigen Fällen erhielten die Personale an Jobstage keinen Lohn, oder er wurde auf Stottern gekürzt. Eine Aktiengesellschaft hatte überhaupt kein Geld mehr zur Lohnzahlung. Es wurde eine Klage beim Arbeitsgericht eingereicht und ein Pfändungsbeschlus erriecht. Der Kauz lebte an manchen Maschinen reate die Erhöhung unserer Sozialversicherung ein gewisses Aufsehen, ebenso die Tatsache, daß bei uns noch keine Herabsetzung der Unterhaltungsätze erfolgte. Die Propaganda zur Einführung der Vierzigstundenswoche hat in den Reihen der Arbeitlosen Hoffnungen erweckt, die nicht erfüllt werden können. Man vermag, daß sich der Geschäftsgang weiter verschlechtert und die angeordnete Kurzarbeit teilweise bis auf 16 Stunden herabfällt. Die Fünftageswoche ist durch die Krise schon längst überholt. Die Zusammenarbeit im Graphtischen Kartell war zufriedenstellend. Auch über die wichtigsten Vorgänge in den Zahlstellen unseres Gau es erstreckte sich die Berichterstattung, ebenso über die Verhältnisse in den verschiedenen Parteibruderkreisen Nordbayerns. Über alle Vorgänge am Orte wurde nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in Vertrauenspersonengruppen diskutiert, hat auch zu Beschließen kam. Die räufliche Konjunktur hat auch die Aufgaben der Betriebsräte als Mittler und Schlichter vermehrt und erschwert. Sind auch die großen Hoffnungen, die von manchen Seiten auf

die Betriebsräte gefest wurden, nicht in Erfüllung gegangen - viele glauben an so was Verbandserfolg - so erkennen wir doch das Geleistete an. Die Besse gegen die Gewerkschaften, die von rechts und links getrieben wird, gab den Parteimitgliedern einen billigen Vorwand für ihren Austritt. Besonders auf ihre Dauerfestigkeit glaubten sie, den Verbandsbeitrag einparieren zu können. So manche davon traf auch das Schicksal der Arbeitslosigkeit. Das Wort von den ersten Zeiten ist kein Schlagwort, und die Anstrengungen der Unternehmer zur Wiedereingliederung der Gewerkschaften sind keine Schreiegepenster. Um die Verbände zu zermürben, bedient man sich des falschen Gewandarmiercorps. Mit dem Siege dieser gelben Freischäfer wird man die Errungenheiten verschwinden, die man heute als selbstverständlich betrachtet und nicht zu würdigen weiß. Die Erörterung über die jetzigen Zustände kommt vielfach an falscher Stelle zum Ausdruck. Unsere Aufgabe muß es sein, alle zusammenhalten, um über diese schwere Zeit hinwegzukommen. Unser Verband wird hier die Feuerprobe bestehen. Tun auch wir unverdrossen unsere Schuldigkeit nach dem Grundgesetz: Treue um Treue. War früher die Arbeitslosigkeit unter den Buch- und Steindruckangehörigen meist nur eine kurzfristige, so hat sich dieser Zustand im Verlauf der Krise geändert. Die technischen Fortschritt im Buch- und Steindruck, wie das Vordringen der Offsetmaschinen, der Rotationsmaschine im Werkdruck, die Einführung von Anlegeapparaten und Tiegelautomaten sollen hier nur gestreift werden. Die vorgenommene Rationalisierung, in Verbindung mit der Still- und Zusammenlegung von Betrieben, läßt die Arbeitslosigkeit ständig anwachsen. Kann man früher keine Entlassungen vor Weichnachten, so werden jetzt die Betriebe vor dem Fest der Liebe so viel wie möglich ausgemerzt, um die Bewältigung der Feiertage zu ersparen. Vielfach werden Ausschlußstrafe vor Ablauf von vier Wochen entlassen und andere eingestellt, um die Kündigungszeit auszufüllen. Den gedruckten vorliegenden Kassienbericht erläuterte Kollegin Laubmann, die in längeren Ausführungen darauf verwies, daß es in dieser Zeit auf jeden und jede ankommt. Im Gegensatz zu anderen Organisationen konnte unser Verband seine bisherigen Leistungen ohne Erhebung von Extrabeiträgen erfüllen. Das Kapitel über die Mitgliedsbeiträge gewährte einen interessanten Einblick über den Stand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Im Unterstützungsbezug unterscheiden wir uns vorteilhaft gegen andere Organisationen, die Unterstützungen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit unter der Bezeichnung Erwerbslosenunterstützung gegenseitig anrechnen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Spanjelder und Stirnweis, die sich mit den Notverordnungen befassen und darauf verwiesen, daß gewisse Kreise von rechts und links versuchen, alle Schuld auf die politische Vertretung der Arbeiterschaft im Reichstage abzuwälzen. Bei dem Punkte: „Neuwahl der Ortsverwaltung“, erklärten sich die Anwesenden mit einem Vorstoß einverstanden, die bisherige Verwaltung in ihrer Zusammenfassung auch für das laufende Jahr weiter amtiert zu lassen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ forderte Kollegin Stirnweis zum Eintritt in die Eisernen Front auf, die am 21. Februar eine große Kundgebung veranstaltet. Die Kündigung des Tarifs im Buchdruck ist erfolgt. Alle Wünsche der Unternehmer werden ihre Wiederankündigung feiern, und das Schicksal nach den Vorkriegsverhältnissen findet seinen berechten Ausdruck. Um eine gründliche Erörterung aller Tariffragen zu ermöglichen, wird in nächster Zeit eine besondere Versammlung für das Buchdruckpersonal abgehalten.

**Weichen.** Hauptversammlung am 16. Februar. Ein Lichtbildvortrag über die Bundesfahne in Bernau, den Kollegen Sorge hielt, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Dem folgte der Jahresbericht des Vorsitzenden. In seinen Ausführungen gab er in kurzen Umrissen einen Rückblick auf das Notjahr 1931, das mit Notverordnungen, die besonders schwer auf der Arbeiterschaft lasten, geendet war. Sodann berichtete er über die Tätigkeit innerhalb der Jahrestelle. Auch am Orte war eine beträchtliche Anzahl Erwerbsloser zu verzeichnen. Im Durchschnitt waren von 100 Mitgliedern 30 erwerbslos. Die Mitgliedszahl ist infolge der Arbeitslosigkeit von 114 auf 101 zurückgegangen. Versammlungen fanden 5 statt, dazu kommen noch 3 Vorstandssitzungen. Beim Arbeitsgericht wurden zwei Klagen eingereicht. Eine wurde mit Erfolg durchgeführt. Wie im vorhergehenden Jahre so wurde auch diesmal auf Weichnachten an die erwerbslosen Mitglieder ein Betrag von 200 M. ausgeschüttet. Kollegen Sorge dankte für die von den noch in Arbeit stehenden trotz Kurzarbeit geleisteten Beiträge zur Unterstützung unserer ausgekauerten Mitglieder. Am Schluß seiner Ausführungen ermahnte Kollegin Sorge die Versammlung, der Gewerkschaft die Treue zu wahren und Mittämpfer zu sein für eine bessere Zukunft der Arbeiterschaft. Kollegin Nikol gab sodann den Kassienbericht. Aus seinen Ausführungen war zu erkennen, daß im Jahre 1931 ziemlich alle Anforderungen an die Unterstützungsanstalten des Verbandes gestellt wurden. Durch die Arbeitslosigkeit ist auch der Stand der Ortskasse etwas zurückgegangen, so daß noch ein Kassienbestand von 122 M. vorhanden ist. Die Kasse wurde jederzeit in bester Ordnung gefunden. Zum Punkt „Neuwahlen“ wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Somit fungieren Kollegen Sorge als Vorsitzender, Kollegin Nikol als Kassierin, Kollegen Richter und Winkler als Beisitzer und Revisoren. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige lokale Angelegenheiten erledigt und auf die Einzelinduzierten der Eisernen Front hingewiesen.

**Wiesenburg.** Am 19. Februar fand die gutbesuchte Generalversammlung der Jahrestelle statt, in welcher der Gauleiter, Kollege Wambacher (Erfurt), einen Vortrag: „Rückblick und Ausblick“ hielt. Rückblickend streifte der Redner die Verhältnisse und die von den Schlichtungsinstanzen unterzeichneten Lohnabnahmeverträge des Vorjahres, die, beginnend in der Metallindustrie, auch für uns einen Zwangscharakter auf Abbau des Lohnes ab 14. Februar brachten. In verschiedenen Artikeln des Prinzipalorgans, der „Zeitschrift“, war die Notwendigkeit des Lohnabbaues vor dem Schicksalsspruch damit begründet, daß dadurch eine Hebung der Wirtschafts- und Wiedering der Arbeitslosigkeit eintreten würde. Die statistischen Zahlen aus der Zeit nach der Lohnkürzung bis zum Jahresende und bis heute zeigen aber eine erquickende Zunahme der Arbeitslosenziffer im allgemeinen wie auch in unserem Gewerbe. Der selbstverständliche Beweis ist damit erbracht, daß Lohnkürzungen kein Mittel zur Besserung der wirtschaftlichen Lage sind, sondern neue Arbeitslosigkeit durch Verschlechterung der Kaufkraft erzeugen. In eingehender Weise behandelte der Redner dann den Kampf der Gewerkschaften und ihrer Spitzen-

organisation sowie der Sozialdemokratischen Partei gegen die schädlichen Eingriffe in das Arbeitsrecht und die Sozialversicherung durch die vierte Notverordnung der Reichsregierung. Die Kündigung des Lohn- und Manteltarifs seitens der Buchdruckunternehmer mit der offenen Absicht einer weiteren Verschlechterung für die Arbeiterschaft im graphischen Gewerbe ist ein Warnungssignal für diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die immer noch nicht begriffen haben, daß die Gewerkschaften der einzige Schutz vor hemmungsloser Willkür in der Entlohnung und der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses sind. Engster Zusammenschluß sei zu keiner Zeit so notwendig wie heute gewesen. Es kommt noch in Betracht, daß die durch die riesige Arbeitslosigkeit übermäßig gewordenen Unternehmer ihnen willkommene Unterstützung durch Rechts- und Linksradikale erhalten, deren unehrliche und vergiftete Kampfweise sich einzig gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie richtet. Der gerade durch diese schädliche Kampfweise unserer Gegner in den letzten Monaten hart angegriffene Abwehrwille aller freischichtigen gewinnenden Arbeiter und Arbeiterinnen werde es verhindern, daß die von den Unternehmern erzielte Verschärfung des Arbeitsrechts und die Verschärfung der Sozialversicherungs-Tarife durch die Besetzung der Sozialversicherungsstellen durch die Organisation mit ausbauen und finanziell stärken helfen. Bei der nachfolgenden Vorstandswahl wurde als Vorsitzender Kollege Weigner, als Kassierin Kollegin Degen, als Schriftführerin Kollegin Lotte Schulte gewählt, zu Revisoren die Kolleginnen Steffens, Sauer und Meinte. Eine Aussprache über örtliche Angelegenheiten benutzte die von gutem Organisationsgeist zeugende Versammlung.

**Wien.** Die Jahrestellen Wien i. S., Cella und Lüneburg hielten am 14. Februar zum ersten Male ihre Bezirksversammlung ab. Aus den genannten Jahrestellen waren fast alle Kolleginnen und Kollegen erschienen. Gauleiter Kollege Spatthals beschäftigte sich mit den Notverordnungen. An Hand von Zahlenmaterial legte er dar, wie der Lohnraub an der Arbeiterschaft gewirkt hat. Ebenfalls ist die Unfall- und Krankenversicherung durch die Notverordnung verschlechtert worden. Einige Beispiele aus der Praxis der KGD. zeigten uns, mit welchen gemeinen Mitteln dort gearbeitet wird, aber mit noch gemeineren Mitteln wird in den Reihen der Nazis gearbeitet. Vielfach wird unter den Kolleginnen und Kollegen geredet, wir haben nichts mehr zu verlieren. Ja, wenn uns auch vieles von den Errungenheiten wieder verlorengegangen ist, so haben wir doch noch den Achtstundentag, das Arbeitsrecht sowie unsere sozialen Einrichtungen, die im Dritten Reich ganz bestimmt verschwinden würden. Aber auch die Hitlerbewegung wird sich den Schabel an der Eisernen Front einrennen. Nach einer kurzen Aussprache wurde zum Punkt „Verschiedenes“ übergegangen; hier spielte namentlich die Bezirksversammlung eine Rolle, ob sie regelmäßig oder nur von Zeit zu Zeit abgehalten werden soll. In Anbetracht der schlechten Finanzlage einigte man sich dahin, nach den Verhandlungen im Mai nochmals zusammenzukommen. Für unsere Vertreter ist es angenehmer, vor einem größeren Kreise ein Referat zu halten, gerade hier in den kleinen Jahrestellen. Nach der Versammlung lernten wir uns bei einem geselligen Beisammensein näher kennen.

## Kundschau

**„Die Eisernen Front.“** Für Werbeweche der „Eisernen Front“ hat der Film- und Lichtbilddienst der Partei, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, eine Lichtbildserie (Bildband) (62 Bilder), betitelt: „Die Eisernen Front“, herausgebracht, die ein außerordentlich wirksames Bildmaterial, erläutert durch passende Ausführungen, enthält. Die Serie eignet sich vorzüglich zur Vorführung in Gewerkschafts- und Sportkreisen, aber auch für alle öffentlichen Werbepublikationen der „Eisernen Front“. Die Leihgebühr der Lichtbildserie beträgt für eine einmalige Benutzung 5 M., für Berlin 3 M., zuzüglich Gebührens. Für jeden anschließenden Tag wird eine Gebühr von 2 M. erhoben. Das Bildband kostet 5,50 M.

**Beitragsberichterstattung der Mitglieder.** Die Buchgenossenschaft „Der Bücherreisende“ G. m. b. H., Berlin SW. 61, der kürzlich seine Buchhandelsverkaufspreise für Nichtmitglieder erheblich senkte, hat sich nunmehr entschlossen, auch die Beiträge für seine Mitglieder sowie den Preis der Sonderbände für Mitglieder ab 1. Quartal 1932 herabzusetzen. Danach beträgt der Monatsbeitrag nur noch 90 Pf., der in zwei Beiträgen zu je 50 Pf. und 40 Pf. entrichtet werden kann. Der Quartalsbeitrag beträgt daher nur noch 2,70 M. Das ist auch der Preis für Sonderbände, wenn Mitglieder solche beziehen. Die neuen Werte des Bücherpreises, die in diesem Quartal erscheinen, werden übrigens in ihrer Ausstattung trotz der Verbilligung der Preise eine erhöhte Leistung darstellen. Daneben erhalten die Mitglieder noch die gut abgegründete und vorzüglich ausgestattete Quartalszeitschrift. Außerdem werden den Mitgliedern noch sonstige Vorteile gewährt. Der Beitrag ist heute im Verhältnis zu den Leistungen als außerordentlich niedrig zu bezeichnen; das dürfte sicherlich viele Freunde des guten, sozialistischen Buches veranlassen, die Mitgliedschaft im Bücherkreis zu erwerben.

**Nationalsozialisten und Konsumvereine.** Auf wie niederträchtige Weise Nationalsozialisten gegen die Konsumvereine kämpfen, mögen folgende Beispiele zeigen: Vor längerer Zeit ging von einem Mitglied des Konsumvereins Höchst (Main) und Umgegend die schriftliche Austrittserklärung ein. Da es sich um ein langjähriges, gut laufendes Mitglied handelte, erkundigte sich ein Funktionär des Konsumvereins nach den Gründen des Austrittes. Dabei wurde festgestellt, daß der im gleichen Hausbau lebende Schwiegersohn des Mitgliedes die Austrittserklärung geschrieben hatte. Als Sturmführer einer SA-Truppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei füllte sich dieser laubere Schwiegersohn heraus, ohne Wissen seiner Schwiegereltern deren Austritt aus dem Konsumverein zu erklären. Durch den Belohnungsfunktionär wurde erreicht, daß das Mitglied dem Konsumverein treu blieb und den einseitigen Schwiegereltern an die frische Luft setzte. In einem anderen Orte hatte ebenfalls ein Mitglied seinen Austritt erklärt. Am Jahresfest erhielt dieses Mitglied dann vom Amtsgericht die Mitteilung, daß seine Mitgliedschaft im Konsumverein erloschen sei. Hierauf erschied der Mann fürchtbar aufgeregt in der Verteilungsstelle und protestierte gegen seinen Ausschluß. Dieser sei nach seiner Meinung erfolgt, weil er Nationalsozialist sei; er drohte, den Verein wegen Verletzung der politischen Neutralität zu verklagen. Der

Kontrollleur des Vereins stellte dann bei einem Besuch des betreffenden Mitgliedes fest, daß die Austrittserklärung gar nicht von dem Mitglied selbst geschrieben war, sondern nach Zustimmung des Mitgliedes von einem Funktionär der nationalsozialistischen Ortsgruppe. Auch dieses Mitglied erklärte: „Ich denke gar nicht daran, aus dem Konsumverein auszutreten, der mir schon viele Vorteile verschafft hat. Lieber verzichte ich auf die Mitgliedschaft in der NSDAP.“ Hoffentlich hat er es getan.

**Sprachkurse in Groß-Berlin.** Anfang März beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberstufe eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nächtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandeln: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzlehre; Fremdwörter, „mir“ oder „mich“, grammatische Schwierigkeiten, Satzbau, Anfertigung von Aufträgen usw. Der Unterricht in diesem Kursus beschränkt sich nicht nur darauf, die großen Fehler der Sprachlehre zu beseitigen, sondern will die Kursus Teilnehmer vor allem zu richtigem Sprechen und Schreiben der deutschen Sprache anleiten. Den Hören wird somit die Möglichkeit gegeben, sich in diesem Kursus ein gutes Deutsch anzueignen. Zur Dedung der Kosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin C. 54, Rosenthaler Straße 13 (nahe Stadtbahn Börje und Untergrundbahnhof Weinmeisterstraße). Das Schulbüro ist werktäglich außer Sonnabends von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

**Die russische Bücherproduktion im Jahre 1930.** Sie erreichte 500 Millionen Exemplare gegenüber 120 Millionen in der Vorkriegszeit. Im Jahre 1931 sollen 620 Millionen Druckbogen herausgegeben werden, was im Vergleich zu 1930 eine Steigerung um 240 Proz. ausmacht. Während in der Vorkriegszeit sozialökonomische Bücher nicht mehr als 5 Proz. der Gesamtergebnisse ausmachten, erreichten sie 1930 bereits 50 Proz., die technische Literatur 30 Proz., gegenüber 14 Proz. in der Vorkriegszeit. An Kinderbüchern wurden 1930 82 Millionen Druckbogen herausgegeben, an Zeitschriften 72 Millionen, an Lehrbüchern 1100 Millionen. Die Zahl der herausgegebenen Werke von Lenin und Schriften über Lenin und den Leninismus erreichte in den beiden letzten Jahren über 60 Millionen Exemplare. Das „Kapital“ von Marx wird alljährlich in 50 000 Exemplaren gedruckt!

## Literatur

**„Sozialdemokratische Parteivorstellungen.“** Jahrbuch 1931. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. 888 Seiten. Ganzleinen 6,50 M.

**„Uranus.“** Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Weltanschauung. Herausgeber: „Soziales Wandern“. Der Verleger, der Vertriebsstellen und den Vertriebsstellen betriebsbetrieben Buchverlag.

**„Der Welt.“** Der Weltanschauungsbildung für das Personal der Arbeiterschaft im Verlag des Zentralverbandes der Angestellten (Otto Urban). Berlin SW. 36, Oranienstraße 10/11. 4. Aufl. erschienen. Die Grundleger der weltanschaulichen Weltanschauung. Der Preis beträgt für die Mitglieder 0,50 M., für Nichtmitglieder 1,00 M. (Umsatz 64 Seiten).

**„Gemeinschaft.“** Zeitschrift für den Aufbau des deutschen Volkstums. Herausgeber: Deutscher Volksverein für das Deutsche Ausland. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. 888 Seiten. Ganzleinen 6,50 M.

Nach kurzer Krankheitsdauer verschied am 13. Februar unser lieber Kollege

**Karl Dent**

im Alter von 56 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt dem Verstorbenen

Die Mitglieder der Jahrestelle Essen.

Am 16. Februar verstarb nach langer, schwerer Krankheit unsere liebe Kollegin, die Buchdruckanlegerin

**Friedel Schau**

im Alter von 27 Jahren. Als Ortskassiererin stets eifrig für den Verband tätig, im Umgang mit den Mitgliedern vorbildlich, werden wir unserer Kollegin ein ehrendes Andenken über das Grab hinaus bewahren.

Die Mitgliedschaft Apolda i. Thür.

Am 28. Januar verstarb nach längerer Krankheitsdauer unsere liebe Kollegin, die Juvvalide

**Anna Holzappel**

im Alter von 65 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen

Die Jahrestelle Stuttgart.

## Abrechnungen

In der Woche vom 15. bis 20. Februar sind die Abrechnungen des 4. Quartals für Gau 3 aus Stuttgart, Gau 5 aus Dresden, Gau 7 aus Breslau und Gau 10 aus Hamburg bei der Verbandskasse eingegangen.

Geldsendungen kamen aus Dresden: 1887,10 M.

Berlin, den 20. Februar 1932. S. Loda h. f.

Für die Woche vom 21. Februar bis 27. Februar ist die Beitragssamlung in das 8. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu liefern.

Verantwortlich für Redaktion: S. Loda h. f. Charlottenburg, Weichselstraße 6, Fernspr.: Amt Bessend 1928. - Verlags: S. Loda h. f. Charlottenburg, Weichselstraße 6. - Druck: Buchdruck-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 11, Weichselstraße 6.